

## **MOTION Christian Heim und Kons. für eine griffige Riehener Ausgaben- und Planungspolitik**

### **Wortlaut:**

„Die Motionäre verpflichten den Gemeinderat, dem Einwohnerrat eine Vorlage zu unterbreiten, nach welcher neue Ausgaben vom mehr als zwei Millionen Franken (einmalig) oder 400'000 Franken (wiederkehrend) sowie Änderungen der Zonenordnung (inkl. Bebauungspläne) zwingend dem Volk vorzulegen sind (obligatorisches Referendum), sofern der Einwohnerrat nicht mit einem Mehr vom mindestens vier Fünftel der anwesenden Mitglieder dem Begehren zustimmen.“

Die Ausgaben der Gemeinde Riehen betragen rund 90 Millionen Franken jährlich. Dies führt dazu, dass die Gemeinde Riehen in den nächsten Jahren - trotz hohen Steuereinnahmen - kaum in der Lage sein wird, die bestehenden Schulden zurückzubezahlen. Durch die notwendige Ausfinanzierung der Pensionskasse der Gemeinde und des ehemaligen Gemeindepitals sowie die Folgekosten der Spitalschliessung stehen weitere Ausgaben bevor, die einen weiteren Abbau des Eigenkapitals respektive eine Erhöhung der Verschuldung zur Folge haben.

Damit Riehen die Finanzen nachhaltig in den Griff bekommt, müssen neue Ausgaben in Zukunft besser überprüft werden. Deshalb sollen die Riehener Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über alle neuen Ausgaben, die den Betrag von zwei Millionen Franken (einmalig) oder 400'000 (wiederkehrend) übersteigen, direkt entscheiden können, wenn die Ausgaben vom Einwohnerrat nicht mit einer Mehrheit von mindestens vier Fünfteln angenommen worden sind.

Dieselbe Regelung soll auch für Zonenänderungen und Bebauungspläne gelten, da sich diese Beschlüsse im besonderen Mass auf die zukünftige Entwicklung der Gemeinde auswirken.

Mit der vorgeschlagenen Stärkung der Volksrechte wird erreicht, dass die Bevölkerung von Riehen - wie dies beispielsweise bereits in der Gemeinde Liestal der Fall ist - bei besonders wichtigen Vorlagen, die im Einwohnerrat umstrittenen sind, immer „das letzte Wort“ hat und abschliessend entscheiden kann.“

sig. Christian Heim  
Hans-Peter Merkel  
Eduard Rutschmann  
Karl Schweizer  
Ernst G. Stalder  
Peter A. Vogt

*Eingegangen: 24. November 2010*